



Bürger
initiative
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Atomkraft?
Nicht schon wieder!



Atomkraft?
Nicht schon wieder!

Extrem teuer – und Müll ohne Ende

Atomkraft? Nicht schon wieder!

Quick-Facts gegen eine Renaissance



Deutschland ist auf dem besten Wege, endlich energieautark zu werden. Warum diesen Vorteil kurz vor Erreichen des Ziels aufgeben?



Atomkraft ist die teuerste Art, Strom zu produzieren. Am günstigsten sind mittlerweile die erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind.



Interessiert an Weiterbetrieb und Ausbau der Atomkraft sind vor allem Länder, die im Schatten der Energieerzeugung spaltbares Material für die Bombe herstellen wollen.



Die Betreiber der ehemaligen deutschen AKW – wie zum Beispiel *PreussenElektra* und *e.on* – lehnen die Wiederinbetriebnahme und den Neubau von AKW ab.



Schon jetzt reicht der geplante Lagerplatz nicht aus für den gesamten deutschen Atommüll. Ein Wiedereinstieg in die Atomkraft würde das Problem verschärfen.



Die Zeit der Zwischenlagerung insbesondere des hochradioaktiven Mülls muss um 100 Prozent verlängert werden. Die Auswirkungen sind nicht erforscht.



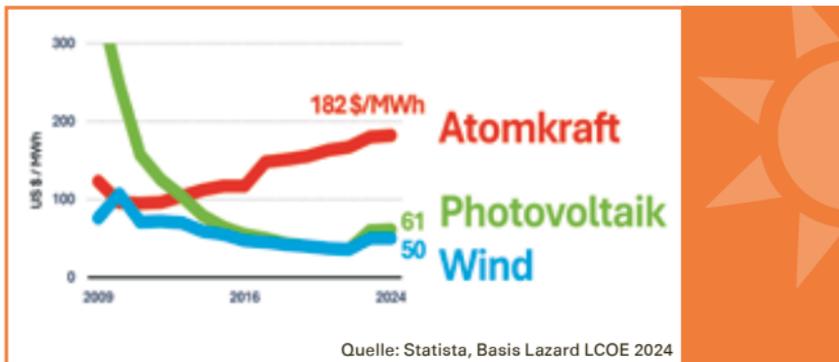
Neue Atomtechniken wie SMR und Kernfusion werden von Lobbyverbänden gepriesen, sind aber tatsächlich Jahrzehnte von einer Realisierung entfernt.

Strom ist teuer

Atomkraft macht ihn teurer

Der hohe Strompreis belastet. Das erzeugt Unmut in der Bevölkerung und stärkt die Populisten in Parteien, die einfach Wähler gewinnen wollen. „Natürlich“ ist der Strom so teuer, weil die „billige“ Atomkraft abgeschaltet wurde, erzählen die Unionsparteien und die AfD. Leider zieht die vermeintlich einfache Logik, und eine wachsende Zahl von Menschen kann sich neuerdings eine Rückkehr zur Atomkraft vorstellen.

Diese Logik ist falsch. Grundfalsch. Denn sie verschweigt, dass Atomkraft zu den teuersten Energieformen überhaupt gehört, wenn alle Kosten berücksichtigt werden. Denn Populisten zählen nur die Kosten der Atomkraft, die sie nicht stillschweigend den Steuerzahlern aufbürden. Dazu zählt die extrem teure Lagerung des hochradioaktiven Abfalls über Jahrtausende, die Kosten schwerer nuklearer Unfälle über Versicherungsgrenzen hinaus, sowie Gesundheits- und Umweltauswirkungen der Uran-Lieferkette von Abbau bis Stilllegung und Dekontamination der Anlagen.



Entwicklung der Kosten pro MWh: Windkraft und Photovoltaik sind deutlich günstiger als Atomkraft. Und: Atomkraft ist teuer und wird nur noch teurer.

Es kommt hinzu, dass nach dem *Merit-Order-Prinzip* der Strompreisbildung die teuerste Komponente den Strompreis bestimmt. Das sind aktuell mit teurem Gas betriebene Backup-Kraftwerke. Auch zur Regelung sind erneuerbare Energien die bevorzugte Lösung: Batteriespeicher im Industriemaßstab lassen sich, im Gegensatz zu Kernkraftwerken, schnell regeln und werden immer günstiger.

Atomlobby wittert Morgenluft

Wieder auf dem Vormarsch?

Die globalen Finanz- und Energiemärkte sind in Schieflage geraten. Um die Klimaziele durch gezielte Investitionen in nachhaltige Technologien erreichbar zu machen, wurde 2020 die EU Taxonomie etabliert. Sie lenkt seither die globalen Finanzströme.

Der Ansatz scheiterte 2023 am globalen Lobbyismus, der Gas- und Atomkraft als „nachhaltige Energien“ auf die Stufe von Windkraft und Photovoltaik hob. Das Ergebnis war so absehbar wie fatal: Auf der Weltklimakonferenz einigten sich 20 Staaten darauf, die Kapazität der weltweiten Atomkraftwerke zu verdreifachen. Nur konsequent, gelobt im März 2025 eine große Gruppe globaler Unternehmen der Big Tech-Industrie, der Energiebranche, der Schifffahrt oder des industriellen Sektors, diesen Weg zu unterstützen.



20 Länder haben auf der 28. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP28) im Dezember 2023 eine „Erklärung zur Verdreifachung der Kernenergie bis 2050“ abgegeben.

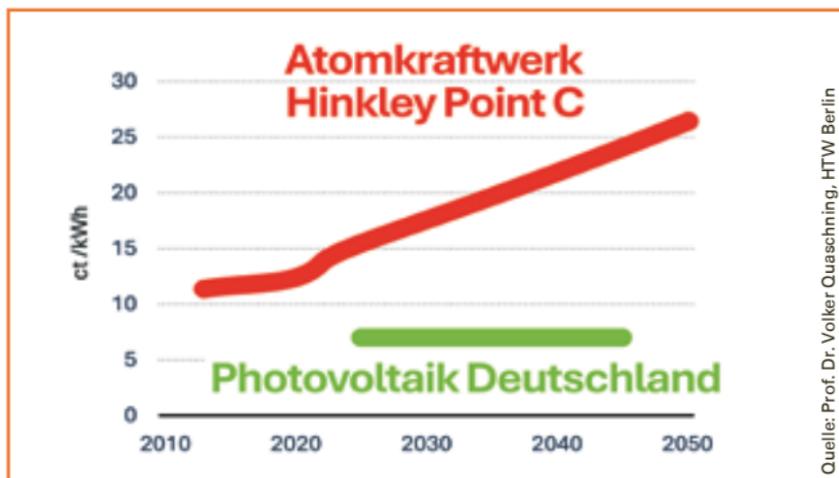
Die Finanzkraft und Profitgier der Big Tech-Unternehmen rund um den Hype der Künstlichen Intelligenz besorgt den Rest. Diese investieren Milliarden nicht nur in Datenzentren, sondern auch direkt in Unternehmen, die vollmundig behaupten, in kürzester Zeit Modulare Atomkraftwerke oder Kernfusion in Serienproduktion auf den globalen Markt bringen zu können.

Selbst Betreiber lehnen ab

Besser „Vollgas“ beim Rückbau

Frankreich hat die Inbetriebnahme des ersten von sechs geplanten Atomkraftwerken auf 2038 verschoben. Der bankrotte staatliche Energiekonzern EDF veranschlagt 67,4 Milliarden Euro für den Bau. Die Finanzierung soll durch staatlich garantierte Strompreise gesichert werden. Bemerkenswert: EDF gehören auch zwei Drittel des britischen Problemreaktors Hinkley Point C, bekannt für seine Bauzeit- und Kostenexplosion.

In Polen wird ein Atomkraftwerk an der Ostseeküste bei Danzig geplant. Der Investor „Polnischer Kernreaktor“ (PEJ) hat staatliche Fördergelder in Höhe von 14,5 Milliarden Euro zugesagt bekommen, etwa ein Drittel der geschätzten Gesamtkosten von 47 Milliarden Euro.



Kostenentwicklung in ct/kWh: Britischer Reaktor Hinkley Point C und Photovoltaik in Deutschland

Selbst die Betreiber lehnen ab. Für *PreussenElektra* „gibt es kein Zurück mehr“ für eines der drei letzten sich im Rückbau befindenden deutschen AKW. Gleiche Stimmen kommen von RWE und dem Industrieverband BDI, der die Debatte um die alten AKW für eine Zeitverschwendung hält.

Allgemeinheit muss zahlen

Ohne Finanzierung durch die Steuerzahler geht es also nicht, Atomkraft ist im Vergleich zu Wasser, Wind und Sonne einfach zu teuer.



Atommüll ohne Ende

Atomkraft ist eine Ewigkeitslast!

30 000 Kubikmeter hochradioaktiver und rund 600 000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver Müll müssen gelagert werden – bisher ohne sichere Lösung. Der Müll wird derzeit oberirdisch in Hallen aufbewahrt, er soll unter die Erde. Dabei muss sichergestellt werden, dass keine Radioaktivität über die Gasentwicklung und Wasserpfade wieder an die Biosphäre gelangt und zur Verseuchung führt. Ein schwieriges Unterfangen. Die *Bundesgesellschaft für Endlagerung* (BGE) hat in Deutschland zunächst mehr als die Hälfte der Gesamtfläche für potenziell geeignet eingestuft und will bis Ende 2027 in einem vergleichenden Verfahren weniger als zehn Regionen identifizieren, die als Endlagerregionen für den hochradioaktiven Müll in Frage kommen. Als Lagergesteine gelten fortan Salz, Granit und Ton.

Aus! für den Salzstock Gorleben

Der Salzstock Gorleben wurde 1977 politisch gesetzt. Im Vordergrund stand der Bau eines gigantischen Atommüllzentrums, Herzstücke waren eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), eine Brennelementefabrik und das Endlager. Der Salzstock stand von Anfang an in der Kritik. Wasserkontakt sowie Gasvorkommen unter dem Salz waren seit



Seit 2020: Schotten dicht und Rotlicht für den Salzstock Gorleben

Anbeginn bekannt, aber starr hielt die Politik an Gorleben fest. 2021 – im ersten Vergleichsschritt – wurde der Salzstock aussortiert. Rund 2 Milliarden Euro wurden buchstäblich im Salz versenkt. Jetzt wird das Bergwerk zurückgebaut.

Erzbergwerk Schacht Konrad ungeeignet

Im *Schacht Konrad*, einem ausgedienten Erzbergwerk, sollen 300 000 Kubikmeter schwach- und mittelaktiver Müll verbuddelt werden. Auch hier gilt, dass das Bergwerk nicht Ergebnis eines Auswahlprozesses war. Niemand würde heutzutage ein ausgedientes Bergwerk zur Nachnutzung für die Atommülllagerung wählen. Das Projekt bleibt politisch umstritten.

BI fordert gesamtheitliches Suchverfahren

Wir fordern auch die Aufgabe des *Schacht Konrad* und stattdessen ein einheitliches Suchverfahren für alle Arten von Atommüll, zumal für weitere 300 000 Kubikmeter eine zusätzliche Deponie gesucht werden müsste. Die Probleme sind ungelöst, jegliches Festhalten an der Atomkraft verschärft die Lage.

Vom Zwischen- zum Dauerlager

Weitere 100 Jahre?

Wo bleibt ein transparentes und einheitliches Regelwerk für die Zwischenlagerung? Erst 2070 wird der Endlager-Standort für hochradioaktive Abfälle feststehen, dann wird gebaut, und danach werden 30 000 Kubikmeter hochradioaktiver, hochgiftiger Abfälle – rund 1900 Castorbehälter – aus den 16 Zwischenlagerstätten peu à peu ins Endlager transportiert. Bis dahin sollen sie nicht mehr bewegt werden.

Deutlich länger

Die 16 Zwischenlager waren für 40 Jahre konzipiert und genehmigt, dies werden nun weitere 80 bis 100 Jahre. In Gorleben lagern 113 Behälter mit hochradioaktiven Abfällen in einer 20 Meter hohen Halle mit geringen Wand-

Die Pilotkonditionierungsanlage (PKA, oben im Bild) soll abgerissen werden, die Zwischenlager für hoch- und mittelradioaktiven Müll (Mitte u. unten) bleiben.



stärken, notdürftig geschützt durch eine zehn Meter hohe zweite, nachträglich errichtete Wand.

Unsicher und ungesichert

Die Frage, wie die Halle gegen Terrorschläge geschützt werden kann, ist aus unserer Sicht nicht beantwortet. Die Behälter selbst unterliegen der Alterung und der Inhalt muss ständig überwacht werden. Im Jahr 2034 läuft die Einlagerungsgenehmigung aus und schon jetzt laufen die Vorbereitungen der Betreiber für eine „verlängerte Zwischenlagerung“. Wir müssen uns einmischen, argumentativ und demonstrativ. Nebenan lagern in einer weiteren Halle schwach- und mittelaktive Abfälle – unbefristet. Es bleibt viel zu tun.



Was ist los, Gorleben?

Blaupause für Deutschland

Seit November 2024 läuft die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Neugenehmigung des Langzeit-Zwischenlagers in Gorleben; sie beschreibt die Auswirkungen auf Mensch, Tier und mehr. Von vornherein ignoriert der Betreiber kritische Störfälle und vernachlässigt die vom Gesetzgeber geforderte Prüfung alternativer Optionen, die über 300 Meter Umkreis hinausgehen oder für die Sicherung erforderliche bauliche Änderungen betrachten.



Es ist unsere Chance, erkannte Lücken im Rahmen der Bürgerbeteiligung offiziell zu benennen und die vollständige Behandlung der Themen einzufordern. Damit stellt Gorleben die Weichen für alle 16 Zwischenlager in Deutschland.

Kein „Weiter so“ in Gorleben! Stattdessen fordern wir:

- ☀ Einheitliches Regelwerk für alle 16 Zwischenlager bundesweit. Sicherheit und Sicherung der oberirdischen Lagerstätten müssen für die nächsten 100 Jahre gewährleistet sein
- ☀ Bundesweite Mitwirkung von Standortregionen, Kommunen, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen zu allen Fragen, die die Sicherheit der Zwischenlager berühren
- ☀ Ständige engmaschige Überprüfung der Castorbehälter
- ☀ Robuste Nachrüstung des Lagers in Gorleben, die gegen Flugzeugabsturz, Drohnenangriffe und ähnliche Einwirkungen Dritter Schutz bietet

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Wir bleiben aktiv

Dein Verein, Deine Geschichte, Deine Zukunft.

- ☀ Seit fünfzig Jahren in Bewegung gegen Atomkraft.
- ☀ Beharrlich, konsequent und aneckend zum Schutz von Mensch und Umwelt gegen atomare Gefahren.
- ☀ Parteienunabhängiges Ehrenamt zur Stärkung demokratischer Strukturen
- ☀ Generationenübergreifend sichtbar auf der Straße und in den Medien.

Misch' Dich ein und werde Teil der über tausend Mitglieder der starken Gemeinschaft, JETZT!

Mach' mit im Kampf gegen Atomkraft! Steig' selbst mit ein und melde Dich bei uns. Oder trag' durch Spenden dazu bei, unsere Arbeit zu ermöglichen.



Viele Hintergrundinformationen: Die *Gorleben Rundschau*

Die *Gorleben Rundschau* erscheint viermal im Jahr und ist das Mitteilungsblatt unserer Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Neben einem breiten Spektrum an Umweltthemen, Interviews und Artikeln zur Klima- und Verkehrswende, berichtet sie immer wieder auch über neue Aspekte der Zwischenlagerung – in Gorleben und an anderen Standorten. Wir senden die *Gorleben Rundschau* gerne kostenlos zu. Aktuelle und zurückliegende Ausgaben können außerdem als ePaper von unserer Website heruntergeladen werden.

Adresse

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow

Kontakt

05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de

Digital

Web und Blog: www.bi-luechow-dannenberg.de
Newsletter bestellen: buero@bi-luechow-dannenberg.de
Instagram: [gorleben.rundschau](https://www.instagram.com/gorleben.rundschau)
YouTube: [BiLuechowDannenberg](https://www.youtube.com/BiLuechowDannenberg)
Mastodon: [@gorleben@norden.social](https://norden.social/@gorleben)
Bluesky: [@gorleben.bsky.social](https://bsky.app/@gorleben.bsky.social)

Print

Gorleben Rundschau
Fachpublikationsreihe *Zur Sache*
diverse Flyer

Spendenkonto

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL

v.i.S.d.P.: BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Redaktion: Peter Widmayer, Torben Klages
Layout: Andreas Conradt
Korrektorat: Wilma Wallat

Fotos: S. 1 u. 2: shutterstock, S. 4: Emmanuel Macron/X,
S. 6-7, 8-9, 12: PubliXviewinG, S. 10: Dörte Uhlendorff

Grafiken: S. 3 u. 5: Peter Widmayer